



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Seniorenpolitik**

Herr Holtmann

Telefon: (0221) 221-27408
Fax: (0221) 221-27436
E-Mail: rainer.holtmann@stadt-koeln.de

Datum: 22.11.2022

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik** in der Wahlperiode 2022/2026 am Freitag, dem 28.10.2022, 12:00 Uhr bis 13:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Dez. V - Soziales, Gesundheit und Senioren

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Kerstin Bienek	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	Vertritt Frau Exler.
Frau Monika Dierksmeier	GRÜNE	Vertritt Herrn Bauer-Dahm.
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertreterin der Stadt Köln	Vertritt Herrn Schmitt.
Frau Sieglinde Eich-Ganske	Auf Vorschlag von Volt	
Frau Eva-Maria Gärtner-Plückthun	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Herr Dieter Gruner	Auf Vorschlag von CDU	
Frau Dr. Christiane Köhler	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Vertritt Frau Gehrken.
Herr Herbert Anton Krempa	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Vertritt Herrn Scherzberg.
Frau Lilly Liebig	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Frau Natascha Mark	Sozial-Betriebe-Köln-gmbH	
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region gmbH	Vertritt Frau Feigl und Frau Lautner.
Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Vertritt Herrn Pasch.
Frau Alina Toyah Sallmon	Synagogengemeinde Köln	Vertritt Frau Puris.
Herr Wolfgang Schäfer	Deutsche Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.	
Frau Regina Schlimkowski	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Vertritt Frau Maurer.
Frau Cornelia Schmerbach	Auf Vorschlag von SPD	Vertritt Herrn Hilgers.
Herr Herbert Schuhmachers	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Vertritt Herrn Bourry.
Herr Hartmut Stein	Auf Vorschlag von FDP	Vertritt Frau Hoyer.
Herr Andreas Thermann	AWO Kreisverband Köln e.V.	Vertritt Herrn Pöttgen.
Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V.	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Axel Fier Seniorenvertretung der Stadt Köln
 Frau Gabriele Wedde Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Ursula Hähner Amt für Soziales, Arbeit und Senioren Vertritt Frau Dr. Robinson.
 Herr Rainer Holtmann Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
 Frau Barbara Horstmann Amt der Oberbürgermeisterin, 01-2-5
 Frau Anne Kreische Gesundheitsamt
 Herr Gerhard Schultz Amt für Wohnungswesen Vertritt Frau Kerscher
 Herr Jürgen Voß Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
 Herr Achim Woltmann Amt für Soziales, Arbeit und Senioren

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hubert Alflen Auf Vorschlag von Die Linke. Entschuldigt.
 Herr Daniel Bauer-Dahm GRÜNE Entschuldigt. Vertreten durch Frau Dierksmeier.
 Herr Heinz-Peter Bourry Seniorenvertretung der Stadt Köln Entschuldigt. Vertreten durch Herrn Schumachers.
 Herr Stephan Boyens AfD
 Frau Sabrina Exler Caritasverband für die Stadt Köln e. V. Entschuldigt. Vertreten durch Frau Bienek.
 Frau Gaby Feigl Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH Entschuldigt. Vertreten durch Frau Schönhals.
 Frau Petra Maria Gehrken Seniorenvertretung der Stadt Köln Entschuldigt. Vertreten durch Frau Dr. Köhler.
 Herr Friedrich-Wilhelm Hilgers SPD Entschuldigt. Vertreten durch Frau Schmerbach.
 Frau Katja Hoyer FDP Entschuldigt. Vertreten durch Herrn Stein.
 Frau Monika Maurer Seniorenvertretung der Stadt Köln Vertreten durch Frau Schlimkowski.
 Herr Karl-Heinz Pasch Seniorenvertretung der Stadt Köln Entschuldigt. Vertreten durch Herrn Meurers.
 Herr Andreas Pöttgen Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. Entschuldigt. Vertreten durch Herrn Thermann.
 Frau Tatjana Puris Synagogengemeinde Köln Vertreten durch Frau Sallmon.
 Herr Volker Scherzberg Seniorenvertretung der Stadt Köln Entschuldigt. Vertreten durch Herrn Krempa.
 Herr Günther Michael Schmitt Seniorenvertretung der Stadt Köln Entschuldigt. Vertreten durch Frau Drießen.
 Frau Felicitas Vorpahl-Allweins Seniorenvertretung der Stadt Köln Entschuldigt.
 Herr Walter Wortmann Die FRAKTION

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD	
Frau Birgit Beate Dickas	Die FRAKTION	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Manuel Jeschka	Volt-Fraktion	
Frau Dr. Amélie Koecke	Sozial-Betriebe-Köln gGmbH	
Frau Claudia Lautner	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH	Entschuldigt. Vertreten durch Frau Schönhals.
Herr Dr. Burkhard Pfungsthorn	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Frau Katharina Pucher	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.	
Frau Claudia Reischauer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln	
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE	Entschuldigt.

Verwaltung

Frau Alexandra Anders	Dez. V - Soziales, Gesundheit und Wohnen	Entschuldigt
Frau Heike Kerscher	Amt für Wohnungswesen	Entschuldigt. Vertreten durch Herrn Schultz
Frau Dr. Katja Robinson	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren	Entschuldigt. Vertreten durch Frau Hähner
Frau Petra Schall	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren	Entschuldigt.

Der Vorsitzende **Herr Beigeordneter Dr. Rau** begrüßt die Teilnehmenden herzlich. Er verweist auf die aktuellen Infektionsschutzhinweise und empfiehlt, beim Verlassen des Sitzplatzes und des Sitzungsraumes eine Maske zu tragen. Mitglieder mit Erkältungssymptomatik sollten der Sitzung fernbleiben.

Er bittet um kurze Redebeiträge. Diese können auch schriftlich zu Protokoll gegeben werden. Die Teilnehmendenliste werde nicht herumgereicht, sondern von der Verwaltung geführt.

Herr Dr. Rau nennt einige entschuldigte Mitglieder der Seniorenvertretung und ihre stimmberechtigten Vertretungen.

Er teilt mit, dass sowohl das Mitglied als auch die Vertretung des Diakonischen Werkes erkrankt bzw. verhindert seien. Die Verwaltung vertrete die juristische Auffassung, dass § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik in diesem Fall und für diese Sitzung die Benennung und Teilnahme eines weiteren stimmberechtigten Vertreters ermögliche. **Frau Martina Schönhals**, Mitglied der Geschäftsführung des Diakonischen Werkes sei vom Diakonischen Werk benannt worden und anwesend.

Gesprächsbedarf wird hierzu nicht angemeldet, sodass Herr Dr. Rau abstimmen lässt, ob jemand gegen die stimmberechtigte Teilnahme von Frau Schönhals sei. Bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung wird der Teilnahme einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Rau fragt bei einigen erstmalig anwesenden Mitgliedern ab, ob sie bereits in anderen Gremien verpflichtet worden seien. Dies ist der Fall bei Frau Schönhals, bei Frau Cornelia Schmerbach, sachkundige Bürgerin im Ausschuss Soziales, Senioreninnen und Senioren, und bei Frau Monika Dierksmeier, sachkundige Bürgerin im selben Ausschuss.

Herr Andreas Thermann (AWO), wurde noch nicht verpflichtet.

Vor Einstieg in die Tagesordnung wird folgender Beschluss gefasst:

TOP A Verpflichtung eines stellvertretenden Mitglieds der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik nach § 5 der Hauptsatzung.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines neuen stellvertretenden Mitglieds der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik nach § 5 der Hauptsatzung

1 Beschluss über die Tagesordnung und Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung

2 Aktuelles seniorenpolitisches Thema

3 Seniorenvertretung

3.1 Anträge / Beschlussvorlagen

3.2 Mitteilungen und Anfragen

3.2.1 Fragen der Seniorenvertretung Köln

Mündlicher Initiativantrag des Seniorenvertreters Herr Meurers im Rahmen der Frage 13

3.3 Bericht aus der Landesseniorenvertretung

4 Ratsfraktionen

4.1 Anträge / Beschlussvorlagen

4.2 Mitteilungen und Anfragen

4.2.1 Anfrage "Senioren gerechte Südbrücke" von Herrn Dieter Gruner

5 Verbände der freien Wohlfahrtspflege

5.1 Anträge / Beschlussvorlagen

5.2 Mitteilungen und Anfragen

5.3 Verschiedenes

6 Verwaltung

6.1 Beschlussvorlagen

6.2 Mitteilungen und Anfragen

- 6.2.1 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
1468/2022
- 6.2.2 Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt
1485/2022
- 6.2.3 Weiterer Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung
2142/2022
- 6.2.4 Öffentlichkeitsbeteiligung und Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung
hier: Anfrage von Paul Intveen und Ellen Kuhn in der Sitzung der StadtAG Behinderten-
politik am 23.06.2022
2965/2022

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung eines neuen stellvertretenden Mitglieds der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik nach § 5 der Hauptsatzung

Herr Dr. Rau bittet die Anwesenden sich zu erheben und nimmt die Verpflichtung von Herrn Andreas Thermann vor:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

Herr Dr. Rau wünscht Herrn Thermann viel Freude und Erfolg bei der Arbeit.

Sache ist erledigt.

1 Beschluss über die Tagesordnung und Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung

Herr Dr. Rau teilt mit, dass nach Versendung der Einladung zwei schriftliche Anfragen eingereicht worden seien, die in die Tagesordnung aufgenommen seien, welche zu Anfang der Woche versendet wurde und den Mitgliedern am Platz vorliege: TOP 3.2.1 Fragen der Seniorenvertretung und TOP 4.2.1 Anfrage „Seniorengerechte Südbrücke“ von Herrn Dieter Gruner (CDU).

Zusätzlich seien kurzfristig ein mündlicher Antrag und eine mündliche Anfrage der Seniorenvertretung von Herrn Scherzberg angekündigt worden, Herr Scherzberg sei jedoch kurzfristig erkrankt. Auch Frau Vorpahl-Allweins aus dem Vorstand sei nicht anwesend, die ihn vertreten wollte.

Herr Dr. Rau fragt nach weiteren Änderungsvorschlägen hinsichtlich der vorliegenden aktuellen Tagesordnung.

Frau Dr. Köhler weist auf die Anlage zur Niederschrift der letzten Sitzung hin, die Fragen zur Kommunalen Pflegeplanung enthalte. Sie wolle wissen, ob dazu Fragen gestellt werden können?

Herr Dr. Rau antwortet, dass Herr Dr. Engels zur Evaluation anwesend sei, und nicht zur Beantwortung von Fragen zum Pflegebericht, so sein Vorschlag.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Rau fragt nach Anmerkungen und Änderungswünschen zur Niederschrift der letzten Sitzung.

Herr Meurers bemerkt zu Punkt C der Niederschrift, dass er sich eine längere Antwort zur Frage der Verpflichtung von Vertreter*innen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege nach § 5 der Hauptsatzung erwartet habe, als aus der Hauptsatzung und den Vorschriften zu zitieren. Es sei der Seniorenvertretung Innenstadt darum gegangen, die Vertreter*innen der Verbände zu

schützen. Man solle doch noch einmal beim Rechtsamt fragen, da man etwas mehr erwarten könne.

Herr Dr. Rau antwortet, er nehme die Bemerkung ernst und mit.

Änderungswünsche zur Niederschrift liegen nicht vor.

[Nachtrag zur Niederschrift: Der TOP „Mündlicher Initiativantrag (...)“ hinter TOP 3.2.1 entstand erst aus der Diskussion während der Sitzung und wurde redaktionell nachträglich eingefügt, um dem Willen der Anwesenden entsprechend den Umgang mit dem Initiativantrag in der Niederschrift und im Ratsinformationssystem dokumentieren zu können (siehe Niederschrift am Ende von TOP 3.2.1)].

Ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

2 Aktuelles seniorenpolitisches Thema

Es gibt keine schriftlichen oder mündlichen Beiträge.

Herr Dr. Rau erinnert, dass er in der letzten Sitzung zugesagt habe, die Verwaltung suche eine*n Referent*in zum Thema „Analoge Teilhabe der älteren Generation“. Sie sei noch dabei, und werde in der nächsten Sitzung Jemanden und eine thematisierende Eingrenzung vorschlagen.

3 Seniorenvertretung

3.1 Anträge / Beschlussvorlagen

Schriftliche Anträge liegen nicht vor. Der angekündigte mündliche Antrag wird nicht gestellt.

Herr Dr. Rau fordert dazu auf, dass sich gerne melden könne, wer von dem Inhalt wisse.

Es gibt keine Wortmeldungen.

3.2 Mitteilungen und Anfragen

Schriftliche Mitteilungen der Seniorenvertretung liegen nicht vor.

3.2.1 Fragen der Seniorenvertretung Köln

Herr Dr. Rau kündigt an, dass die Verwaltung die 13 Fragen der Seniorenvertretung mündlich beantworten werde.

Herr Woltmann berichtet zu **Frage 1**, die erste Teilfrage lasse sich so beantworten, dass es sich um 18.476 Personen in Köln handle. Die zweite Teilfrage könne man so nicht stellen. Es gebe von der Bundesregierung verschiedene Unterstützungsmaßnahmen, und auch kommunal werde es Maßnahmen geben. Konkrete Prognosen könne man nicht stellen, da man nicht in Einzelfamilien schauen könne.

Herr Dr. Rau betont, dass er die Sorgen der Menschen in den verschiedenen Krisen verstehe. Im Krisenstab mache man sich zur einer möglichen Energiemangellage intensive Gedanken. Man schaffe Bedingungen, dass sich alle Menschen das Leben werden leisten können. Er er-

läutert, dass noch keine Aussagen zur künftigen Entwicklung getroffen werden können. Er höre in der Stadt Bekenntnisse zur Solidarität und könne verwaltungsseitig und politikseitig Solidarität zusagen.

Herr Krempa weist darauf hin, dass in Teilfrage 2 gemeint gewesen sei, wie viele Menschen 60 plus wohl künftig in Köln in die Grundsicherung geraten werden.

Herr Dr. Rau antwortet, dass dies für die Zukunft schwer zu beantworten sei. Für die Grundsicherungsberechnung werde herangezogen, ob Menschen sich aus ihren Einkünften die Kosten des Lebens, d.h. unter anderem die Kosten der Unterkunft und die Energiekosten leisten können. Da jetzt noch nicht bekannt sei, wie sich diese Kosten entwickeln, lasse sich aktuell nicht sagen, wie viele zusätzliche Menschen sich die Kosten des Lebens künftig nicht mehr werden leisten können. Es sei aber relativ sicher, dass es mehr sein werden.

Frau Wedde und **Frau Dr. Köhler** fragen nach, wie hoch aktuell die Zahl der Grundsicherungsbezieher*innen bei den über sechzigjährigen Kölner*innen sei.

Herr Woltmann antwortet, dass es im Oktober 2022 insgesamt 18.476 Personen seien.

Herr Meurers verweist auf die heutige Berichterstattung im Kölner Stadtanzeiger und in der Kölnischen Rundschau. Er lobe die Stadt für ihre schnelle Reaktion, die Zahl der Wohngeldsachbearbeiter*innen aufstocken zu wollen. Städtische Wohngeldsachbearbeiter*innen seien auch zu Samstagsarbeit bereit. Wohngeld werde das große Problem werden.

Herr Dr. Rau bedankt sich und weist darauf hin, dass sich die Stadt vorbereite. Er äußert die Vermutung, dass am 01.01.2023 noch nicht alle Leistungsempfänger*innen hinsichtlich ihrer Leistungsansprüche auf Wohngeld bedient werden können. Er wünsche sich eine Vereinfachung des Antragsverfahrens des Bundes.

Frau Hähner stellt sich als stellvertretende Leitung des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren vor, die Frau Dr. Robinson insofern vertrete. Sie erklärt, bezogen auf **Frage 2**, welche Vorkehrungen getroffen würden, damit die Menschen nicht in die Insolvenz abrutschen:

Das Bundesprogramm Wohngeld sei bereits durch Herrn Dr. Rau angesprochen worden. Aus städtischer Sicht könnten alle Menschen, die bereits Grundsicherung beziehen, die Kosten der Unterkunft im Kontext Wärme erstattet bekommen, also Heizkosten. Es bestehe ein gesetzlicher Anspruch auch bei Heizkostensteigerungen aufgrund steigender Abschlagszahlungen. Die Menschen seien abgesichert. Darüber hinaus sei es auch möglich, wenn Menschen durch Nachzahlungen in einem Monat in Not geraten, einen Antrag auf Übernahme der Kosten dieses Monats zu stellen, sofern die allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen vorlägen, die Menschen also nicht so viel Einkommen hätten.

Eine Prognose zu erstellen, wer aufgrund der Kostensteigerung künftig einen Neuantrag auf Grundsicherung stellen werde, sei aber kaum möglich. Manche Menschen mit Anspruch würden keinen Antrag stellen, beispielsweise aus Scham. Die Stadt werde über Internet und andere Kanäle kommunizieren, sich in dieser Krise durch Antragstellung helfen zu lassen.

Herr Woltmann berichtet zu den **Fragen 3 und 4**, dass sich in der Unterarbeitsgruppe vulnerable Gruppen des städtischen Krisenstabes Energiesicherheit die zuständigen städtischen Dienststellen mit Wohlfahrtsverbänden und den Sozial-Betrieben-Köln intensiv mit dem Thema beschäftigen. Die Angebote der Wohlfahrtsverbände und der Sozial-Betriebe-Köln, hier insbesondere der Seniorenberatung, und – auf ehrenamtlicher Basis – die SeniorenNetzwerke würden Unterstützungsangebote liefern. Auch die Demenznetzwerke seien hilfreich. Man müsse mit großer Solidarität dieser Herausforderung begegnen, was im Wesentlichen voraussichtlich gelingen werde, da die vulnerablen Gruppen im Wesentlichen bekannt seien.

Frau Wedde fragt nach der Bedeutung des Begriffs „vulnerable Gruppen“.

Herr Dr. Rau antwortet, dass man zunächst im Rahmen der Pandemiebekämpfung zu einem Katalog gekommen sei. Der Begriff sei zugegebenermaßen „schwammig“ geworden und auch

in der wissenschaftlichen Diskussion nicht eindeutig definiert. Er habe sich gewissermaßen selbstständig und meine, dass es sich um Menschen handle, die besondere Hilfe benötigen.

Frau Hähner weist darauf hin, dass auch im Krisenstab Energiesicherheit der Stadt Köln über Handlungsmöglichkeiten zu dem Thema diskutiert werde.

Frau Hähner erläutert zu den **Fragen 5, 6 und 7**, die eine ähnliche Zielrichtung haben, dass der Krisenstab das Szenario eines 72-stündigen Stromausfalls intensiv bearbeite und das städtische Presseamt im Verlauf der nächsten Woche offensiv Informationen zum Themenfeld Energiekrise aufbaue. Dies beziehe sich auf die drei Themen Energieberatung, finanzielle Hilfen im Kontext Energiekostensteigerungen und Energieverknappung (Stromausfall).

Die Information werde nicht nur über Social Media, sondern auch über analoge Kommunikation erfolgen. Das Presseamt koordiniere und die Fachämter würden ihm zuarbeiten. Die konkrete Ausprägung der Hilfsangebote, beispielsweise Flyer oder aufsuchende informierende Hilfe in den Quartieren, befänden sich zurzeit in der Entwicklung. Die Verwaltung wisse, dass dies dringend notwendig sei und jetzt vorangetrieben werden müsse.

Frau Hähner antwortet zu **Frage 8**, dass im Krisenstab überlegt werde, wie Versorgung sichergestellt werden könne, und wo städtische Gebäude vorhanden seien, die über Notstromversorgung und Fernwärme verfügen. Es gebe auch Planungen für dezentrale Standorte. Dies sei noch in der Vorbereitung und technischen Klärung, so dass heute noch kein Standort genannt werden könne. Die Planung liege stark in der Hand insbesondere der Feuerwehr, da es mit Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz zu tun habe. Für die städtischen Gebäude bewerte und plane auch die städtische Gebäudewirtschaft.

Herr Dr. Rau teilt zu **Frage 9** mit, dass von Seiten der Feuerwehr Verpflegungs- und Wärmestützpunkte zur Überbrückung mehrere Tage in Vorbereitung seien, also nicht für kurzzeitige Aufenthalte. Diese seien aber noch nicht sehr ausdifferenziert und noch nicht für viele Menschen vorhanden.

Herr Woltmann berichtet zu **Frage 10**, dass die Verwaltung dem Vorschlag der Seniorenvertretung hinsichtlich der Verwendung des städtischen Logos beispielsweise auf der Homepage der Seniorenvertretung Köln folge.

Frau Dr. Köhler bittet, eine ergänzende Frage stellen zu können: Dass der Bereich Senioren gleichgestellt werde wie der Bereich Jugend und Jugendliche bei der Bauleitplanung, und was aus Sicht der Verwaltung hier zu veranlassen sei.

Herr Dr. Rau bittet darum, diese Frage nach Beantwortung der 13 Fragen der Seniorenvertretung Köln zu stellen.

Herr Woltmann ergänzt zu **Frage 11** das Neubaugebiet Kreuzfeld als weiteren Stadtteil, in dem zusätzliche Angebote von Wohnen im Alter erforderlich seien. Das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren begründe und melde kontinuierlich Bedarfe beim Bauplanungsamt an. Für die Neubaugebiete Rondorf und Parkgürtel-Süd seien die Bauplanungen noch nicht so weit fortgeschritten, weshalb es noch keine konkreten Planungen gebe. Für Kreuzfeld könne er aber bestätigen, dass eine vollstationäre Pflegeeinrichtung vorgesehen sei, in Kombination mit Angeboten von Kurzzeitpflege, Tagespflege, ambulanten Pflegediensten und Servicewohnen. Bei den anderen Stadtteilen müsse weiter daran gearbeitet werden.

Herr Woltmann ergänzt hinsichtlich der mündlichen Zwischenfrage von Frau Dr. Köhler, dass im Kooperativen Baulandmodell tatsächlich „Vorfahrt“ für Kitas und Schulen bestehe und Pflegeeinrichtungen nicht vorkommen. Daran arbeite das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, damit die Pflege gleichberechtigt zu den anderen Bauvorhaben Berücksichtigung finden könne.

Herr Schultz ergänzt zu **Frage 11**, dass das Amt für Wohnungswesen die Maßnahmen von 50 unterstütze. Es achte beim geförderten Wohnungsbau bei Investoren darauf, dass seniorengeeignete Wohnungen entstehen. In den Förderrichtlinien gebe es Vorschriften, dass sämtlicher

Wohnraum barrierefrei zu errichten sei. Im Dezernat V gebe es amtsübergreifend unterstützende Maßnahmen.

Er bestätigt zu **Frage 12**, dass der Bundesgesetzgeber die Zugangsvoraussetzungen zum Wohngeld ab 01.01.2023 deutlich erleichtert habe. Statt bislang 600.000 Haushalte würden es künftig 2 Millionen sein. Das würde die Kommune vor große Probleme stellen. Künftig seien 140 zusätzliche Wohngeldsachbearbeiter*innen nötig, und die Stadt Köln konkurriere hier mit anderen Arbeitgebern um Bewerber*innen. In der letzten Woche habe es eine Informationskampagne in Social Media-Kanälen gegeben, um zusätzliches Personal zu gewinnen. Das Amt für Wohnungswesen, das Sozialamt und das JobCenter arbeiteten intensiv an der Erschließung von Synergien. Da es bis zum 01.01.2023 allerdings nur eine kurze Vorlaufzeit gebe, könne eine 100%-ige Leistungsgewährung zu diesem Zeitpunkt kaum erreicht werden.

Herr Krempa fragt, ob die 140 Sachbearbeiter*innen vorübergehend oder dauerhaft neu eingestellt würden.

Herr Schultz antwortet, dass es dauerhaft einen erhöhten Arbeitsaufwand geben werde, und die neuen Mitarbeiter*innen dauerhaft beschäftigt würden. Das Antragsvolumen würde sich verdreifachen.

Herr Dr. Rau bestätigt, die neuen Mitarbeiter*innen würden dauerhaft eingestellt, denn es sei davon auszugehen, dass nach 12 bis 18 Monaten Folgeanträge zu den Neuanträgen eingehen werden.

Herr Woltmann berichtet zu **Frage 13**, dass die Entwicklung der Sparkassenschließungen nicht neu sei. Die Verwaltung habe das früher bereits mit der Seniorenvertretung thematisiert und Frau Reker gebeten, auf die Sparkasse KölnBonn Einfluss zu nehmen. Die Sparkasse habe gesagt, dass es ihre Geschäftspolitik sei, und sie nicht bereit sei, davon abzuweichen. Es sei bedauerlicherweise auch jetzt davon auszugehen, dass kein Einfluss genommen werden könne.

Herr Meurers erläutert, dass die Sparkasse KölnBonn von Verwaltungsrat und Vorstand gesteuert werde. Der Verwaltungsrat aber entscheide über die Geschäftspolitik, und in diesem säßen nach seinem Eindruck vor allem Ratsmitglieder aus Köln und Bonn, die die Schließung von Filialen verhindern könnten.

Frau Dr. Köhler sieht die Kölner Filialen der Sparkasse KölnBonn als Lebensnerven in der Stadt für Kölner Senior*innen. Es müsse im städtischen Interesse sein, darauf hinzuwirken, dass Schließungen im begrenzten Rahmen bleiben. Sie bitte darum, dass die Oberbürgermeisterin sich erneut für den Erhalt der Filialen einsetze.

Herr Dr. Rau denkt, dass insbesondere sehr viele Senior*innen unglücklich über Filialschließungen seien. Er verweise auf den verantwortlichen Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn beziehungsweise der Eigentümer. Auch wenn das Thema bereits einmal behandelt worden sei, könne sich die Seniorenvertretung des Themas annehmen. Sie könne einen Antrag in die StadtAG Seniorenpolitik einbringen, der sich mit einer entsprechenden Bitte an beispielsweise den Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren wendet: mit einer Bitte, das Thema weiter zu betreiben und eine Auskunft der Beteiligungsverwaltung zu erhalten. Er schlage vor, dass diese Initiative nicht aus einer mündlichen, sondern einer vorbereiteten Anfrage entstehe.

Frau Eich-Ganske betont, dass die Schließung von Bankgebäuden eine Unternehmensentscheidung sei. Es gebe mit Bankbussen eine gute Alternative, die beispielsweise auf Wochenmärkten sehr gefragt sei.

Herr Fier sieht Bankbusse nur als eine Notlösung, da die geldabhebenden Senior*innen leichte Opfer von Überfällen werden könnten.

Mündlicher Initiativantrag des Seniorenvertreters Herr Meurers im Rahmen der Frage 13

[Nachtrag zur Niederschrift: Da der mündliche Initiativantrag des Seniorenvertreters Herr Meurers vom Vorsitzenden an dieser Stelle zugelassen wurde und keine Einwände der StadtAG Seniorenpolitik bestanden, wird redaktionell ein TOP ohne Nummer ergänzt, um dem Willen der Anwesenden entsprechend den Umgang mit dem Initiativantrag in der Niederschrift und im Ratsinformationssystem dokumentieren zu können].

Herr Meurers bittet um Zulassung eines Initiativantrages mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik bittet den Rat der Stadt Köln darauf hinzuwirken, dass Filialen der Sparkasse KölnBonn nicht weiter geschlossen werden“.

Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass es zwar eigentlich nicht der richtige Tagesordnungspunkt sei, doch man könne dies seines Erachtens prinzipiell so aufnehmen. Er fragt nach Einwänden gegen eine Beschlussfassung an dieser Stelle. Diese liegen nicht vor. Auch weitere Wortbeiträge liegen nicht vor.

Der Vorsitzende Herr Dr. Rau stellt den mündlichen Antrag zur Abstimmung.

„Die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik bittet den Rat der Stadt Köln darauf hinzuwirken, dass Filialen der Sparkasse KölnBonn nicht weiter geschlossen werden“.

Ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig **zugestimmt**

Herr Dr. Rau sagt zu, die Verwaltung werde dafür sorgen, dass der Initiativantrag den Rat erreichen werde. Es müsse noch geprüft werden, ob er vorher noch in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren müsse.

3.3 Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Es liegen keine schriftlichen Beiträge der Seniorenvertretung vor. Auf Nachfrage gibt es auch keine mündlichen Beiträge.

4 Ratsfraktionen

4.1 Anträge / Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beiträge der Ratsfraktionen vor. Auf Nachfrage gibt es auch keine mündlichen Beiträge.

4.2 Mitteilungen und Anfragen

Auf Nachfrage gibt es keine Mitteilungen und mündlichen Beiträge.

4.2.1 Anfrage "Seniorengerechte Südbrücke" von Herrn Dieter Gruner

Herr Dr. Rau berichtet, dass die Verwaltung eine Stellungnahme des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau zu den Fragen 1 – 3 erhalten habe, und trägt diese vor.

„Das Vorhaben einer barrierefreien Anbindung an die Südbrücke ist schon seit längerer Zeit ein Thema -in der Öffentlichkeit, wie auch bei der Verwaltung. Es sind jedoch auch erste Grundsatzüberlegungen für die Südbrücke in der Diskussion, die deren Verbreiterung vorsehen und somit auch bauliche Veränderungen an den links-, wie rechtsrheinischen Vorlandbauwerken erfordern würden.

Für die planerischen Angelegenheiten der Rheinquerung selber ist die Deutsche Bahn in erster Linie federführend. Hierbei wird sich die Stadt Köln jedoch u.a. in punkto Querschnittsbreiten für die Verkehrsteilnehmer*innen sicherlich mit einbringen.

Ansprechpartnerin bzw. Verantwortliche für eine Umgestaltung und Anbindung von auch barrierefreien Verkehrswegen an einen umgebauten Brückenzug, durch etwaig neue Rampenbauwerke, wird dann voraussichtlich die Stadt Köln sein.

In die dabei anzustellenden Überlegungen werden, im Zuge des planerischen Fortschritts, auch Fragestellungen hinsichtlich Barrierefreiheit diskutiert werden. Dabei werden die an der Planung Beteiligten gegebenenfalls auch eine Anbindung mittels Aufzüge o. ä. als Möglichkeit in Betracht ziehen; das Ergebnis der Diskussion einer solchen Variante ist aus heutiger Sicht allerdings noch nicht abschätzbar.

Sobald alle Überlegungen und Planungen eine erforderliche Detailtiefe erreicht haben, werden die Ergebnisse sicherlich auf übliche Art und Weise vorgestellt. Dies gilt in gleicher Weise auch für den Umfang, wenn über eine Einbeziehung des Projektes „Parkstadt Süd“ befunden wird.“

Herr Gruner gibt zu bedenken, dass seiner Kenntnis nach erst in den Jahren 2030 bis 2032 mit der neuen S-Bahn-Linie sowie mit der in der Stellungnahme erwähnten Anpassung der Südbrücke aufgrund der neuen Linie zu rechnen sei. Er verstehe die Stellungnahme des Brückenamtes so, dass auch erst dann etwa mit Rampen und Aufzügen zu rechnen sei. Die Wichtigkeit der Südbrücke steige noch weiter dadurch, dass sie das Bindeglied zwischen den Neubaugebieten Parkstadt-Süd und Deutzer Hafen werde. Er frage sich, ob es bis dahin keine dringend notwendigen Verbesserungen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geben solle? Die Stadt Köln müsse sich jetzt mit der Brückeneigentümerin Deutsche Bahn AG in Verbindung setzen.

Frau Dr. Köhler berichtet von eigener Recherche im Internet, wonach der Zweckverband Nahverkehr Rheinland auch zuständig sei. Vielleicht könne das städtische Brückenamt über den Zweckverband eine Beschleunigung der Investitionsvorhaben erreichen.

Herr Dr. Rau geht davon aus, dass das Brückenamt damit richtig liege, die Deutsche Bahn AG als zuständig zu sehen. Bahn und Zweckverband seien eng verbunden und er gehe davon aus, dass der Zweckverband mit im Boot sei.

Frau Wedde schlägt vor einen Antrag zu stellen, um Informationen zum weiteren Vorgehen zu bekommen.

Herr Dr. Rau überlegt ob das Thema eines sei, das man in den Verkehrs- oder Mobilitätsausschuss geben könne.

Die Verwaltung nehme das Thema mit und werde der StadtAG einen Vorschlag machen, wie die StadtAG weiter mit dem Thema umgehe.

Frau Dr. Köhler regt an, die StadtAG auch über die laufenden Fortschritte zu informieren.

Herr Dr. Rau sagt zu, dies bei den Überlegungen der Verwaltung zu berücksichtigen.

Herr Schäfer bittet darum, die Informationen auch der StadtAG Behindertenpolitik zur Kenntnis zu geben.

Herr Dr. Rau trägt eine Stellungnahme von Stadtplanungsamt und Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung zu Frage vier der Anfrage von Herrn Gruner vor.

„Im Rahmen der Entwicklung von Parkstadt Süd erfolgen auch Untersuchungen zu ÖPNV, Fuß- und Radverkehr. Im Zusammenhang mit dem ÖPNV wird ein neuer Haltepunkt am Bonner Wall

mit einer neuen S-Bahnlinie geprüft. Eine Erweiterung der Südbrücke wird angesichts dessen notwendig sein. Selbstverständlich wird auch die Optimierung der Fuß- und Radverbindung über die Brücke berücksichtigt. Einen Zeithorizont zur Umsetzung möglicher Maßnahmen können wir zum heutigen Zeitpunkt nicht benennen.“

Herr Dr. Rau fasst zusammen, diese Aussage zeige den Zustand, so wie er eben besprochen worden sei. Es bleibe dabei, dass die Verwaltung sich mit dem Thema beschäftige und die StadtAG Seniorenpolitik unterrichten werde.

5 Verbände der freien Wohlfahrtspflege

5.1 Anträge / Beschlussvorlagen

Es liegen keine schriftlichen Beiträge der Verbände oder der Sozial-Betriebe-Köln vor.

5.2 Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Beiträge der Verbände oder der Sozial-Betriebe-Köln vor.

Herr Wild trägt bezüglich der Fragen der Seniorenvertretung unter 3.2.1 vor, insbesondere Energieverteuerung, -sicherheit und Preissteigerungen, dass die Verbände die Bedürfnisse der Senior*innen im Blick hätten und dazu in den verschiedenen Programmen agieren würden. Die Seniorenberatungsstellen hätten bedürftige Senior*innen im Blick, leiteten Maßnahmen ein, stellten Anträge und vermittelten an weitere Dienste. Die Mitarbeiter*innen der Präventiven Hausbesuche und der häuslichen Unterstützungsdienste vermittelten ebenfalls und informierten zu allgemeinen Themen im Zuge der Energiekrise. Die SeniorenNetzwerke böten Informationsveranstaltungen zum Beispiel mit dem Verbraucherschutz an. Die Seniorenkoordinationen wiesen in ihren Newslettern / Rundmails ebenfalls auf Beratungsangebote, Unterstützungen und Informationen zu aktuellen Themen hin. Darüber hinaus prüften gerade alle Verbände, wie sie und ihre Dienste im Falle von Stromausfällen arbeiten und die Menschen erreichen könnten.

Die Homepage der Stadt Köln werde zurzeit intensiv zu den Themen Energieverteuerung und -sicherheit weiter entwickelt, sodass man hier viele Informationen erlangen könne.

Hinsichtlich der Personalwechsel in den Programmen der Verbände werde er der Schriftführung eine Übersicht mailen, mit der Bitte um Beifügung zur Niederschrift (Anlage 1 zur Niederschrift).

5.3 Verschiedenes

Es liegen keine Beiträge vor.

6 Verwaltung

6.1 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen der Verwaltung vor.

6.2 Mitteilungen und Anfragen

6.2.1 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln 1468/2022

Herr Dr. Rau stellt Herrn Dr. Engels vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik als Autor der Evaluation vor, der für Fragen zu diesem Bericht zur Verfügung stehe. Der Abschlussbericht sei wertvoll, weil er eine gute Übersicht über die Angebote gebe.

Herr Meurers lobt den Bericht, bemängelt aber drei Dinge. Die Evaluation habe während der Pandemie stattgefunden, in der es eingeschränkte Aktivitäten und Nutzer*innenzahlen gegeben habe. Er habe zuletzt 2019 eine SeniorenNetzwerk-Veranstaltung besucht. Die SeniorenNetzwerke seien seit 2019 nicht aktiv gewesen. Die Seniorenvertretung sei direkt gewählt und sei der wichtigste Personenkreis zur Beurteilung der Angebote, sei aber nicht im Rahmen der Evaluation befragt worden. Bei 11.989 in der Seniorenberatung beratenen Personen seien nur 93 Personen befragt worden, und bei 66 SeniorenNetzwerken seien es nur 82 Nutzer*innen gewesen. Das Geld für diese Evaluation habe man besser für die Seniorenberatung ausgeben sollen.

Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass das Institut für den Zeitpunkt der Evaluation nicht verantwortlich sei.

Herr Dr. Engels weist darauf hin, dass nicht alles durch die Pandemie darniedergelegen habe, sondern die SeniorenNetzwerke und andere Programme auch in der Krise aktiv gewesen seien. Er verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Äußerungen von Herrn Wild.

Die Angebote seien weitergelaufen und hätten teils eine ganz besondere Aufgabe in der Krise übernommen.

In 7 Seniorenprogrammen sei eine Stichprobe von jeweils 100 Personen vereinbart worden. Bei Befragungen seien Stichproben ein übliches Verfahren. Durch das Zufallsprinzip seien sie repräsentativ, so beispielsweise auch beim Mikrozensus (1 % der Bevölkerung) oder dem sozio-ökonomischen Panel (0,34 % der Bevölkerung) üblich. Wichtig sei die sorgfältige methodische Planung.

Die Seniorenvertretung sei nicht eingebunden gewesen, da sie nicht Gegenstand der Evaluation gewesen sei.

[Redaktioneller Nachtrag zur Niederschrift: Die Seniorenvertretung Köln war im Rahmen der Mitgliedschaft in der Steuerungsgruppe zur Evaluation eingebunden].

Herr Meurers ergänzt, dass in der Innenstadt und insbesondere in der Südstadt die Aktivitäten der SNW darniedergelegen hätten. Nur dazu könne er Angaben aus eigener Erfahrung machen. Er halte den Zeitpunkt der Untersuchung für falsch.

Bei der letzten Wahl habe es 120 Kandidierende gegeben, bei der jetzigen Wahl nur 65. Dazu habe er in der Evaluation keinen Hinweis gefunden.

Herr Dr. Engels antwortet, dass die Seniorenvertretung nicht Gegenstand der Evaluation gewesen sei, und dazu keine Auskünfte gegeben werden könnten.

Herr Gruner teilt mit, er habe aus der Evaluation mitgenommen, dass die kommunalen Seniorenprogramme sehr gut angenommen würden und die Nutzer*innen große Zufriedenheit geäußert hätten. Teilweise habe es auch Unzufriedenheit gegeben, weil es teils lange Bearbeitungszeiten gegeben habe und Ämter schlecht erreichbar gewesen seien. Es habe mehrere Berichte gegeben. Es gebe kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsproblem. Er erhoffe sich von dem angekündigten Ratsantrag zum Thema Pflege einen neuen Impuls.

Herr Wild bestätigt, dass in der Altstadt-Süd beim standortgebundenen SeniorenNetzwerk die Mitarbeiterin krank gewesen sei und in Rente gehe. Beim selbstorganisierten SeniorenNetzwerk

habe es eine personelle Krise und pandemiebedingte Probleme gegeben. Mit der verstärkten Ansprache von Senior*innen mit Migrationshintergrund werde man sich weiter intensiv beschäftigen.

Herr Dr. Rau erläutert hinsichtlich der Auftragsgestaltung der Evaluation, dass bei künftigen Untersuchungen vorab die Einbeziehung der Gremien in die Auftragserteilung erfolgen werde, also auch der Seniorenvertretung Köln.

Der Pflege- und andere Berichte seien hilfreich für die Politik und deren Argumentation gewesen, im Kontext der Zielformulierung als Reaktion auf fehlende Angebote. Auch für die Entwicklung von Programmen und die Formulierung von Förderprogrammen seien die Berichte wichtig. Entscheidend seien dabei die richtigen Fragestellungen und Methoden.

Herr Stein berichtet anhand von drei Beispielen aus der Pandemiezeit über die fortlaufenden Aktivitäten in den SeniorenNetzwerken. Im Beethovenpark habe es alle zwei Wochen Kaffee und Kuchen für 10 Personen gegeben, in Bilderstöckchen sei eine Dame mit einem Obstkorb zu verschiedene Senior*innen gegangen und habe Äpfel verteilt, in Bocklemünd habe eine Dame jede Woche eine Seniorin zu Kaffee und Kuchen eingeladen.

Die menschliche Arbeit vor Ort sei wichtig gewesen. Die SeniorenNetzwerke seien in der Pandemiezeit viel wichtiger für die Senior*innen gewesen als die Seniorenvertretung.

6.2.2 Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt 1485/2022

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

6.2.3 Weiterer Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung 2142/2022

Herr Wild berichtet als persönliche Stellungnahme, dass er vor zwei Jahren in den Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung gewählt worden sei. Dieser solle perspektivisch abgeschafft bzw. in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden (BAB) überführt werden. Zwei Personen aus dem zukünftigen stadtgesehellschaftlichen Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung (kurz Beratungsgremium ÖB) sollen einen festen Sitz im BAB erhalten.

Das Beratungsgremium ÖB solle sich nach einer Vorlage aus den bestehenden 8 Mitgliedern des aktuellen Beirats zusammensetzen und erst in der nächsten Wahlperiode neu benannt werden.

Mit Blick auf Menschen mit interkultureller Geschichte und LSBTIQ-Vertreter*innen seien diese noch wenig bzw. nicht im Beratungsgremium ÖB repräsentiert. Deshalb gebe es eine Initiative, dass die drei Stadtarbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik, Behindertenpolitik und Lesben, Schwule und Transgender sowie der Integrationsrat jeweils eine*n Bürger*in bis zum Ende der Wahlperiode benennen sollen, die in das Beratungsgremium ÖB aufgenommen werden. Es gebe auch Kritik hieran, weil man Doppelstrukturen vermeiden wolle. Er werbe trotzdem für eine Aufstockung des Beratungsgremiums ÖB, um ein Zeichen dafür zu setzen, die bisher nicht oder kaum repräsentierten Gruppen in dieses Beratungsgremium ÖB aufzunehmen.

6.2.4 Öffentlichkeitsbeteiligung und Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung hier: Anfrage von Paul Intveen und Ellen Kuhn in der Sitzung der StadtAG Behindertenpolitik am 23.06.2022 2965/2022

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

7 Verschiedenes

Herr Meurers äußert die Hoffnung, dass die Niederschrift dieser Sitzung nicht so lange auf sich warten lasse wie die der letzten Stadtarbeitsgemeinschaft, und es nicht länger als zwei Monate dauere.

Herr Dr. Rau nimmt diesen Wunsch mit.

Er schlägt als Termin der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik den Freitag, 17. März 2023 von 12 – 14 Uhr vor, zu dem es keine Einwände gibt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Woltmann heute zum letzten Mal dabei sei und in Ruhestand gehe.

Herr Woltmann bedankt sich für die gemeinsame Zeit. Die Diskussionen und die Zusammenarbeit seien insgesamt sehr vertrauensvoll gewesen. Es habe immer gute und tragfähige Kompromisse gegeben. Er bedanke sich für das Vertrauen, das ihm persönlich und dem Amt entgegengebracht worden sei. Die Arbeit habe viel Spaß gemacht. Er wünsche allen Teilnehmenden und ihrer Arbeit alles Gute.

Herr Dr. Rau bedankt sich bei allen Teilnehmenden für das konzentrierte Beisammensein, wünscht allen Teilnehmenden einen guten Jahresausklang und schließt die Sitzung um 13.40 Uhr.

Gezeichnet

.....

(Vorsitzender: Herr Beigeordneter Dr. Rau)

Gezeichnet

.....

(Schriftführer: Herr Holtmann)

Anlage 1 zu TOP 5.2 (Nach Sitzung eingereicht)	Informationen der Liga der Wohlfahrtsverbände und SBK	
---	--	--

Datum: 28.10.2022,

	<p><u>AWO</u> Marita Scheeres Seniorenberatung Innenstadt geht in Rente, sie wird die ½ Stelle im SNW Zollstock vorerst weiterführen. Die ½ Stelle Seniorenberatung übernimmt Andreas Therman. Andreas Pöttgen ist in Elternzeit und wird danach nicht wiederkommen. Die Stelle wird neu besetzt. Die Vertretung übernimmt aktuelle Frau Uli Volland-Dörmann.</p> <p><u>Caritas</u> ½ Stelle Seniorenberatung Nippes wurde intern durch Lucia Schorn besetzt. Julius Lang übernimmt die Seniorenkoordination Kalk. SNW Altstadt-Süd ab 01.11.2022 (Nachfolge Karin Scholze) Die Nachfolge wird Tanja Gast antreten,</p> <p>Im Nachbesetzungsprozess sind: Seniorenberatung Chorweiler SeniorenNetzwerk Sürth und die Präventiven Hausbesuche Porz (Nachbesetzung wg. Rente Karin Scholze)</p> <p><u>Diakonie</u> Larissa Fresdorf ist seit Juni in der Fachberatung Senior*innen. Karin Matzner (SNW Sürth) übernimmt SNW Klettenberg zum 01.10.22. SB Nippes wurde durch Elke Glintzer ab 01.08.22 besetzt. SB Ehrenfeld (9 Std.) wird zum 03.10.22 durch Nadine Kostka besetzt.</p> <p><u>Paritätischer</u> neue Geschäftsführung: Claudia Reischauer.</p> <p><u>ASB Lindenthal</u> Die Präventiven Hausbesuche, die Seniorenberatung und das Pflegezentrum sind in den Gottesweg 85a umgezogen.</p> <p><u>SGK</u> Das SNW Eil wird mit Anna Ainbinder neu besetzt Frau Natalia Töpfer übernimmt das Begegnungszentrum der Synagogen-Gemeinde in Porz.</p> <p><u>SBK</u> Neue Seniorenkoordination Nippes Ariane Bischoff-Glowania</p>
	Termine der SV mit den Verbänden und SBK
	01.12.2022 16:00 -18:00 Uhr Diakonie Adolf Clarenbach Saal